Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11384**

18. Wahlperiode 06.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksachen 18/10170, 18/10307 Nr. 9 –

Baukulturbericht 2016/17 der Bundesstiftung Baukultur und Stellungnahme der Bundesregierung

A. Problem

Die Bundesstiftung Baukultur hat im aktuellen Baukulturbericht 2016/17 die Wechselwirkung unterschiedlicher Einflussfaktoren auf die heutige und zukünftige Baukultur thematisiert. Der Bericht skizziert die Grundzüge einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Baukultur in Deutschland und leitet daraus allgemeine und an einzelne Akteure der Baukultur gerichtete Handlungsempfehlungen ab. Die Bundesregierung hat zum Baukulturbericht eine Stellungnahme erarbeitet.

Mit dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zahlreiche Initiativen und Bundesprogramme weiter zu verfolgen oder zu intensivieren und die im Baukulturbericht enthaltenen Handlungsempfehlungen der Bundesstiftung Baukultur umzusetzen.

B. Lösung

Kenntnisnahme der Unterrichtung und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Entschließungsantrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 18/10170 folgende Entschließung anzunehmen:

„I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Qualität der gebauten Umwelt ist wesentlich für die Identität unserer Städte und Gemeinden, nicht nur in Metropolregionen und städtischen Agglomerationen.

Baukultur bildet auch auf dem Land einen wichtigen Rahmen für mehr Lebensqualität und Attraktivität. Sie kann Antrieb und Ergebnis der Selbstvergewisserung und Vitalisierung des Ortes und einer gemeinsam gelebten lokalen Identität sein. Das hat positive Auswirkungen auf die Angebote der Daseinsvorsorge sowie die Entwicklung von Wirtschaft und Tourismus in einer Gemeinde.

Der Mehrwert von Baukultur zur Sicherung und Stärkung von lokaler bzw. regionaler Identität wird zunehmend erkannt. Die Bewahrung und Entwicklung des bauhistorischen Erbes ebenso wie ein qualitätsvolles, innovatives und ortsspezifisches Weiterbauen unter Berücksichtigung lokaler und regionaler Baustile, Materialien und Formen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Die Zukunft ländlicher Räume, vor allem von schrumpfenden Gemeinden, hängt wesentlich von der Entwicklung vitaler Ortskerne ab. Zukunftsfähige Infrastrukturangebote und attraktive Nutzungsmischungen sind zentrale Anknüpfungspunkte für eine bedarfsgerechte Entwicklung und ein örtliches Gemeinschaftsleben.

Lebenswerte und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden sind eine wichtige Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Viele Kommunen sind dabei auf die Unterstützung durch Bund und Länder angewiesen. Die Städtebauförderung hat seit 1971 in zahlreichen Orten große Erfolge erzielt; sie hat das heutige Bild unserer Städte und Gemeinden wesentlich mit geprägt.

Die Bundesstiftung Baukultur hat im aktuellen Baukulturbericht 2016/17 die Mittel- und Kleinstädte sowie die ländlichen Räume in den Fokus genommen. Der Bericht befasst sich schwerpunktmäßig mit den Themenbereichen „Vitale Gemeinden“, „Infrastruktur und Landschaft“ sowie „Planungskultur und Prozessqualität“ und zeigt auf, dass Baukultur auch außerhalb der Metropolen von entscheidender Bedeutung ist und großes Potenzial für die Entwicklung einer positiven Perspektive ländlicher Räume darstellt.

Erwartungen und Einschätzungen über den gesellschaftlichen Wert der Baukultur in Deutschland sind ebenso Gegenstand der Untersuchung wie Handlungsfelder und Instrumente, die für die Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden relevant sein können.

Damit beschreibt der Baukulturbericht 2016/17 in geeigneter Weise Ansatzpunkte für die Fortsetzung des baukulturellen Diskurses auf allen staatlichen Ebenen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass

- sich die Bundesstiftung Baukultur in ihrem aktuellen Baukulturbericht 2016/17 verstärkt den Bedingungen und Voraussetzungen für die Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen gewidmet hat;
- mit der Bundesstiftung Baukultur in Deutschland eine Institution existiert, die das Bewusstsein für gutes Planen und Bauen stärkt und die Qualität und Leistungsfähigkeit des Planungs- und Bauwesens national wie international herausstellt;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- die Bundesregierung die finanzielle Ausstattung der Bundestiftung Baukultur im Bundeshaushalt 2017 nochmals verstärkt hat und damit die Aktivitäten der als Kommunikationsplattform angelegten Stiftung zur Stärkung des baukulturellen Bewusstseins in Fachwelt und Öffentlichkeit wesentlich voranbringt sowie durch eigene Initiativen flankiert;
- die Bundesstiftung Baukultur regelmäßig einen „Bericht zur Lage der Baukultur in Deutschland“ vorlegt, der der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag sowie den Ländern Hinweise für die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Baukultur gibt und bei dessen Erstellung unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und baukulturelle Akteure einbindet;
- die Bundesregierung innerhalb ihrer Zuständigkeiten maßgeblich daran mitwirkt, die Qualität der baulich-räumlichen Umwelt in städtischen wie in ländlichen Räumen positiv zu beeinflussen – sei es durch regulative Maßnahmen, über Förderung, durch Kommunikation oder durch das Bauen im eigenen Zuständigkeitsbereich;
- die Städtebauförderung von Bund und Ländern wesentlicher und unverzichtbarer Beitrag zur Sicherstellung der Baukultur in den Städten und Gemeinden ist;
- die Bundesregierung die Städtebauförderung wesentlich ausgebaut hat, da diese insbesondere auch Klein- und Mittelstädten sowie dem ländlichen Raum zu Gute kommt;
- die Bundesregierung die Zukunft und Potenziale von Kleinstädten in ländlichen Räumen stärker in den Fokus der Stadtentwicklungspolitik gerückt hat;
- die Bundesregierung als Vorbild, Förderer und Partner konkrete Rahmenbedingungen für das Entstehen von Baukultur in Deutschland setzt, eigene Maßnahmen entwickelt und Akteure zur Förderung von Baukultur auf regionaler und nationaler Ebene unterstützt.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- die Handlungsempfehlungen des Baukulturberichts 2016/17 in die baukulturpolitischen Ziele des Bundes angemessen einzubeziehen;
- der Bauministerkonferenz Gelegenheit zur Stellungnahme zum Baukulturbericht 2016/17 zu geben;
- die Bundesstiftung Baukultur darin zu bestärken, im Baukulturbericht 2018/19 die Fokusthemen „baukulturelles Erbe“ und „Weiterbauen im Bestand“ aufzugreifen;
- das Entstehen und den Erhalt von Baukultur in ländlichen Räumen gezielt zu fördern – sei es durch rechtliche Rahmenbedingungen oder Förderinstrumente;
- ihre eigenen Initiativen, Forschungsvorhaben und Projekte – insbesondere zum Aufbau von Akteursnetzwerken und zur Sensibilisierung für Baukultur im ländlichen Raum – weiter zu verstärken;
- bei den verantwortlichen Akteuren darauf hinzuwirken, den Ausbau und die Sicherung von Infrastruktur als aktive Gestaltungsaufgabe zu betrachten und baukulturelle Aspekte stärker in der Infrastruktur- und Landschaftsplanung zu berücksichtigen;
- sich verstärkt den Themen der Gestaltung von Infrastruktur- und Landschaftsplanung anzunehmen;
- die Städtebauförderung auf hohem Niveau fortzusetzen und dabei die Empfehlungen des Baukulturberichtes für die Stärkung der Vitalität von Gemeinden und Städten zu berücksichtigen;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- dafür Sorge zu tragen, dass baukulturelle Aspekte bei einer Weiterentwicklung der Leipzig Charta zur nachhaltigen Stadtentwicklung sowie dem EU Urban Agenda-Prozess entsprechende Berücksichtigung finden;
- sich auch im internationalen Bereich, wie etwa bei internationalen Architektur- und Weltausstellungen, verstärkt für die Vermittlung deutscher Bau- und Planungskultur einzusetzen und sich aktiv an der Vorbereitung des Europäischen Kulturerbejahres 2018 (ECHY) und des Bauhausjubiläums 2019 zu beteiligen;
- sich bei der Umsetzung der Ziele des bezahlbaren Wohnungsbaus verstärkt für ein qualitätsvolles Planen und Bauen einzusetzen, um über die Verbindung eines verdichteten, nutzungsgemischten und innovativen Wohnungsbaus mit gut gestalteten öffentlichen Räumen lebenswerte und integrative Quartiere zu schaffen;
- ihre Qualitätsoffensive zur Stärkung der Marke „Internationale Bauausstellung“ (IBA) als bedeutendes Experimentierfeld der Stadt- und Raumplanung zu intensivieren; das Format IBA bietet auch für ländliche Regionen die Möglichkeit, innovative Architektur-, Stadt- und Raumkonzepte zu erproben;
- das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus weiterhin zu nutzen, um auch in Klein- und Mittelstädten und in ländlichen Räumen qualitativ herausragende und überregional bedeutsame Lösungen zu unterstützen;
- die Empfehlungen hinsichtlich der Planungsprozesse und der Prozessqualität umzusetzen, um das ressortübergreifende Handeln und Planen zu stärken, Beteiligungsprozesse zu fördern und zu verbessern;
- die Handlungsfähigkeit von Kommunen zu stärken durch Anreize für eine aktive und aktivierende Bodenpolitik;
- strukturschwache Regionen im Sinne der Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse, wie im Baukulturbericht beschrieben, zu stärken.“

Berlin, den 15. Februar 2017

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Michael Groß
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Volkmar Vogel (Kleinsaara), Michael Groß, Caren Lay und Christian Kühn (Tübingen)

I. Überweisung

Die Unterrichtung auf **Drucksache 18/10170** wurde gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Drucksache 18/10307 Nr. 9) am 10. November 2016 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Baukulturbericht 2016/17 ist der zweite Bericht der Bundesstiftung Baukultur zur Lage der Baukultur in Deutschland. Der Bericht enthält abschließende Handlungsempfehlungen für die Politik, die sich im Wesentlichen auf die Themen Lebensqualität auf dem Land, aktive Gestaltung des Wandels der Kulturlandschaften sowie die Verbesserung der Planungskultur und Prozessqualität im Baubereich beziehen.

Die Bundesregierung hat zum Baukulturbericht der Bundesstiftung Baukultur eine Stellungnahme erarbeitet und begrüßt den Bericht als fundierten Beitrag zur Bestandsaufnahme der baukulturellen Situation in Deutschland und als gute Grundlage für eine politische Debatte zur Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die Baukultur im Bund, bei den Ländern und in den Kommunen.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD greift die Empfehlungen des Baukulturberichts auf und stellt konkrete Forderungen an die Bundesregierung. So wird die Bundesregierung aufgefordert, die Handlungsempfehlungen des Baukulturberichts 2016/17 in die baukulturpolitischen Ziele des Bundes angemessen einzubeziehen und der Bauministerkonferenz Gelegenheit zur Stellungnahme zum Baukulturbericht 2016/17 zu geben. Die Bundesstiftung Baukultur solle darin bestärkt werden, im Baukulturbericht 2018/19 die Fokusthemen „baukulturelles Erbe“ und „Weiterbauen im Bestand“ aufzugreifen.

Die Bundesregierung soll das Entstehen und den Erhalt von Baukultur in ländlichen Räumen gezielt fördern und ihre eigenen Initiativen, Forschungsvorhaben und Projekte weiter verstärken sowie bei den verantwortlichen Akteuren darauf hinwirken, den Ausbau und die Sicherung von Infrastruktur als aktive Gestaltungsaufgabe zu betrachten und baukulturelle Aspekte stärker in der Infrastruktur- und Landschaftsplanung zu berücksichtigen.

Bei der Umsetzung der Ziele des bezahlbaren Wohnungsbaus soll sich die Bundesregierung verstärkt für ein qualitätsvolles Planen und Bauen einsetzen, um über die Verbindung eines verdichteten, nutzungsgemischten und innovativen Wohnungsbaus mit gut gestalteten öffentlichen Räumen lebenswerte und integrative Quartiere zu schaffen. Außerdem sollen die Qualitätsoffensive zur Stärkung der Marke „Internationale Bauausstellung“ (IBA) als bedeutendes Experimentierfeld der Stadt- und Raumplanung intensiviert sowie die Städtebauförderung – unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Baukulturberichts – auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Darüber hinaus soll das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus weiterhin genutzt werden, um auch in Klein- und Mittelstädten und in ländlichen Räumen qualitativ herausragende und überregional bedeutsame Lösungen zu unterstützen.

Um das ressortübergreifende Handeln und Planen zu stärken sowie Beteiligungsprozesse zu fördern und zu verbessern, sollen die Empfehlungen hinsichtlich der Planungsprozesse und der Prozessqualität umgesetzt werden. Gleichzeitig soll die Handlungsfähigkeit von Kommunen durch Anreize für eine aktive und aktivierende Bodenpolitik gestärkt werden; strukturschwache Regionen sollen, entsprechend der Empfehlungen des Baukulturberichts, gestärkt werden, um die Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu fördern.

Auf europäischer Ebene soll die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass baukulturelle Aspekte bei einer Weiterentwicklung der Leipzig Charta zur nachhaltigen Stadtentwicklung sowie dem EU Urban Agenda-Prozess Berücksichtigung finden. Im internationalen Bereich, beispielsweise bei internationalen Architektur- und Weltausstellungen, soll sich die Bundesregierung verstärkt für die Vermittlung deutscher Bau- und Planungskultur einsetzen und sich aktiv an der Vorbereitung des Europäischen Kulturerbejahres 2018 (ECHY) und des Bauhausjubiläums 2019 beteiligen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 66. Sitzung am 15. Februar 2017 Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 18/10170 und Annahme einer Entschließung empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 78. Sitzung am 15. Februar 2017 Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 18/10170 und Annahme einer Entschließung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat die Unterrichtung auf Drucksache 18/10170 in seiner 105. Sitzung am 15. Februar 2017 abschließend behandelt. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD haben dazu einen Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 18(16)521 eingebracht, dessen Inhalt in der Beschlussempfehlung wiedergegeben ist.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lobte die hohe Qualität der Arbeit der Bundesstiftung Baukultur. Die bebaute Umwelt habe einen großen Einfluss auf die Lebensqualität in den Städten sowie den Kommunen im ländlichen Raum. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen enthalte die Anregung, den Baukulturbericht auch auf der Bauministerkonferenz zu thematisieren. Die Fraktion begrüßte, dass sich der nächste Bericht gezielt mit den Themen „baukulturelles Erbe“ und „Weiterbauen im Bestand“ beschäftigen werde. Für die Zukunft sei es wichtig, die Städtebauförderung auf hohem Niveau fortzusetzen und dabei gleichzeitig den Fokus mehr auf den ländlichen Raum zu legen, ebenso wie beim Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus. Die Bundesstiftung Baukultur fungiere zunehmend auch als Beraterin und Impulsgeberin für die Akteure vor Ort, weshalb es wichtig sei, die Stiftung in Zukunft weiter zu stärken. Sie müsse aber gleichzeitig noch mehr als bisher von Architekten, Planern und Ingenieuren unterstützt werden, beispielsweise im Rahmen der Arbeit im Förderverein. Im Bundeshaushalt 2017 seien Mittel zum Wiederaufbau der Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel bereitgestellt. Aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion sei es unerlässlich, dass die Stiftung Baukultur einen wesentlichen Anteil an der Bauakademie haben müsse und diese schließlich ein Zentrum für die Themen Bauen, Planung und Architektur werde.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich die hohe Qualität des Baukulturberichts der Bundesstiftung Baukultur. Für die politische Arbeit sei es wichtig zu erfahren, welche Probleme und aktuellen Entwicklungen in der Branche zu verzeichnen seien. Angesichts der verfügbaren Flächen und des Wohnraumbedarfs könne nicht jeder in einer Großstadt leben, weshalb gerade der ländliche Raum und kleine Städte und Gemeinden gestärkt werden müssten, was die Bundesregierung durch die Aufstockung der Städtebauförderung getan habe. Der Bericht weise aber auch auf Fehlentwicklungen wie die Entleerung von Ortskernen zugunsten der Außenbereiche auf dem Land oder in manchen Stadtteilen von Ballungsräumen hin.

Der vorgelegte Entschließungsantrag rege eine gute Liegenschaftspolitik und eine Verbesserung der Handlungsfähigkeiten bei den Kommunen an. Dafür habe die Koalition die Kommunen in dieser Wahlperiode mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von rund 80 Milliarden Euro ausgestattet. Am Ende führe nur ein Zusammenspiel der kleinen Gemeinden, Städte und Großstädte zum Ziel, wobei das Thema Raumordnung im Bereich der Stadtentwicklung und der Baupolitik ausführlicher als in den vergangenen Jahren diskutiert und behandelt werden müsse.

Die **Fraktion Die LINKE.** dankte für den Baukulturbericht, dessen Fokusthemen richtig gewählt worden seien. Die Reaktivierung von Ortskernen sei ein wichtiges Ziel, weil Leerstand und Verfall von Wohnungen und Häusern in zahlreichen Kommunen ein bekanntes Problem darstellten. Gleichzeitig werde vor Ort zum Teil aber auch die falsche Politik gemacht, wenn etwa an den Stadträndern durch die Ausweisung von neuen Baugebieten zusätzliche Flächen verbraucht würden. Die bevorstehende Einführung eines beschleunigten Verfahrens für Baumaßnahmen im Außenbereich in das Baugesetzbuch widerspreche dem Baukulturbericht. Es sei wünschenswert, wenn auch bei Neubauprojekten Aspekte des sozialen Wohnungsbaus Berücksichtigung fänden. Ausführungen dazu fehlten im Baukulturbericht bedauerlicherweise. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen enthalte sehr viele vage Hinweise, widerspreche aber beispielsweise bei der Liegenschaftspolitik dem Vorgehen der Bundesregierung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte die Vorlage des Baukulturberichts, in dem wichtige Hinweise zu finden seien, wie Baukultur und Baupolitik in den nächsten Jahren gestaltet werden sollten. Die Arbeit

der Bundesstiftung Baukultur zeige, wie wichtig sie als Akteur für die Baukultur insgesamt sei. Die Baukultur stehe vor großen Herausforderungen, weshalb die finanzielle Stärkung der Bundesstiftung ein wichtiges Anliegen sei, welches die Fraktion unterstütze.

Die Kernanliegen des Berichts würden in der Realität durch das Vorgehen der Bundesregierung beispielsweise bei der Novelle des Baugesetzbuches konterkariert. Die an die Kommunen gerichtete Aufforderung im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, widerspreche der Vorgehensweise der Bundesregierung bei diesem Thema. Der Bericht mache deutlich, dass sich der ländliche Raum und die dörflichen Strukturen veränderten und neue Wohnformen sowie sozialer Wohnungsbau in nachverdichteten Ortskernen hinzukomme, worauf die entsprechenden Förderprogramme ausgerichtet werden müssten. In der wieder aufzubauenden Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel solle aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesstiftung Baukultur als Hausherrin mit dauerhafter institutioneller Absicherung fungieren, worüber eine überfraktionelle Vereinbarung anzustreben sei.

Die **Bundesregierung** wies darauf hin, dass sich der Baukulturbericht schwerpunktmäßig auf die ländlichen Räume beziehe. Es reiche nicht aus, sich auf die Mittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zu verlassen, weil Lebensqualität vielfältige Voraussetzungen habe. Die Herausforderung sei die Bündelung der Mittel über alle Ressorts hinweg, worauf ein Staatssekretärsausschuss hinarbeite. Stärkeren Einfluss auf die Regionalentwicklung hätten jedoch die dafür zuständigen Bundesländer. Das BMUB habe die Weichen bei der Städtebauförderung gestellt. Ähnlich gehe es beim Thema Stadtumbau und der Verankerung der Idee der Sozialen Stadt voran. Die Programme für ländliche Gebiete seien ebenfalls mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet worden.

In Bezug auf Bodenspekulationen erläuterte sie, das Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen versuche nun noch das Thema Innenentwicklung von Kommunen abzuarbeiten, welches gleichzeitig auch ein Instrument gegen Bodenspekulationen und noch in dieser Wahlperiode umsetzbar sei. Sie wies darauf hin, dass es bei der Liegenschaftspolitik der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bereits erhebliche Fortschritte gegeben habe, auch wenn noch weitere Veränderungen wünschenswert seien. Allerdings seien beispielsweise in Berlin nur rund ein Prozent der Flächen im Eigentum des Bundes. Daher richte sich das Thema Bodenpolitik vor allem an die Kommunen, die dabei allerdings sehr unterschiedlich vorgingen.

Mit dem Beschluss des Haushaltsausschusses zur Bereitstellung von über 65 Millionen Euro für den Wiederaufbau der Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel bestehe die Chance, dem Thema Baukultur eine größere Aufmerksamkeit in Deutschland zukommen zu lassen. Ziel einiger geplanter Veranstaltungen des BMUB sei ein Diskussionsprozess, wie die Ideen von Schinkel in einer modernen Bauakademie umgesetzt werden könnten. Mit dem Land Berlin als Eigentümer des Grundstückes liefen bereits Gespräche über die Trägerstruktur. Noch vor der Sommerpause 2017 solle ein erstes Zwischenfazit gezogen werden.

Im Ergebnis empfahl der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** Kenntnisnahme der Unterrichtung und die Annahme einer von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 18(16)521 vorgelegten Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 15. Februar 2017

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Michael Groß
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.